

Medienmitteilung, 30. Mai 2024

Universität Bern akzeptiert erneute Besetzung nicht

Am Donnerstag, 30. Mai 2024 um 07:30 Uhr wurden Räumlichkeiten im Hauptgebäude der Universität Bern besetzt. Dabei kam es seitens der Besetzenden zu Handgreiflichkeiten gegenüber einem Mitarbeiter des Hausdienstes. Für die Universitätsleitung ist dies inakzeptabel. Sie fordert die Besetzenden auf, die Räumlichkeiten umgehend freizugeben, und sie hat eine schnellstmögliche Räumung beantragt.

Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass die Universität Bern ein Ort des Gedankenaustauschs und der Debatte ist; sie hält die Meinungsfreiheit und den offenen Diskurs im Rahmen der Rechtsordnung hoch. Dabei verurteilt die Universität Bern jegliche Form von Gewalt und deren Unterstützung sowie Diskriminierung.

Heute Donnerstag, 30. Mai 2024 um 07:30 Uhr wurden im Hauptgebäude der Universität Bern Räumlichkeiten besetzt. Der Zugang zum Gebäude und zur Bibliothek waren erschwert und es wurden im Gebäude lautstark Parolen skandiert. Zudem kam es seitens der Besetzenden zu Handgreiflichkeiten gegenüber einem Mitarbeiter des Hausdienstes. Im Hauptgebäude finden heute Vorlesungen und insbesondere mehrere Prüfungen statt. Die Universität Bern ist verpflichtet und gewillt, den Studienbetrieb vollumfänglich zu gewährleisten. Sie hat die Besetzenden aufgefordert, die besetzten Räumlichkeiten umgehend freizugeben.

Rektor Christian Leumann sagt: «Diese Situation ist für die Universität Bern nicht tolerierbar. Wie ich den Besetzerinnen und Besetzern anlässlich der Besetzung der Räumlichkeiten der Unitobler bereits persönlich mitgeteilt habe, bietet eine Besetzung und politisch motivierte Forderungen keinen Rahmen für einen konstruktiven Dialog. Nach der letzten Besetzung ist keine Anfrage zum Dialog bei der Universitätsleitung eingegangen.»

Leumann fährt fort: «Die Universitätsleitung ist nach wie vor bereit zum Dialog, wir lassen uns aber nicht erpressen. Eine Besetzung bietet wie bereits erwähnt keinen Rahmen für einen Dialog. Dies wurde einer Delegation der Besetzenden heute vor dem Mittag im Namen der Universitätsleitung erneut mitgeteilt.»

Keine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit

Die Besetzerinnen und Besetzer fordern unter anderem einen Boykott von israelischen akademischen Institutionen. «Wie bereits festgehalten, fordern sie damit eine massive Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit. Dies widerspricht jeglichen akademischen Werten und ist absolut inakzeptabel», so Leumann.

Die Universität Bern toleriert keine Einschüchterung von Uniangehörigen und keine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit durch aktivistische Kreise. Hochschulen haben den Auftrag, akademische Leistungen in Forschung und Lehre zu erbringen. Sie sind keine politischen Akteure. Die Aufrechterhaltung des akademischen Diskurses ist von entscheidender Bedeutung. Hochschulen können den Ausschluss von Personen oder Institutionen, die Teil der akademischen Gemeinschaft sind, nicht tolerieren. Eine Instrumentalisierung von Hochschulen ist keine Voraussetzung für einen konstruktiven Dialog.

Zur Kooperation mit Universitäten macht die Universität Bern die folgenden Angaben: Im Bereich Studierendenaustausch verfügt die Universität Bern über ein Austauschabkommen mit der Hebrew University of Jerusalem (Israel) und der palästinensischen Birzeit University. Im Bereich Forschungsk Kooperationen schliessen die Institute und Zentren der Universität Bern Verträge selbständig ab; diese werden nicht zentral erfasst. Aufgrund der Finanztransaktionen ist festzustellen, dass keine grössere Forschungszusammenarbeit mit Universitäten in Israel besteht. «Ich betone nochmals, dass wir unsere wissenschaftlichen Kooperationen nicht in Frage stellen», sagt Leumann.

Über die Medienmitteilung hinaus macht die Universität Bern heute keine weiteren Angaben. Es steht heute seitens Universitätsleitung niemand für Interviews zur Verfügung.

Kontakt:

Universität Bern

Media Relations

Tel. +41 31 684 41 42

E-mail: medien@unibe.ch